

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die Zeitsp.  
Seite 10 Pf.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.  
Humorist. Blätter) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

**N. 146.**

34. Jahrgang.

Sonnabend, den 10. Dezember

**1887.**

Der königliche Förster Herr Carl Adolf Hermann Krusch in Eibenstock ist als Vertreter des Gutsvorstehers für das Eibenstocker und Auerbergger Staatsforstrevier und

der königliche Förster Herr Ludwig Traugott Häuichen in Wolfsgrün als Stellvertreter des Gutsvorstehers für das Hundshübler Staatsforstrevier in Pflicht genommen worden.

Schwarzenberg, am 3. December 1887.

**Königliche Amtshauptmannschaft.**

Frhr. v. Wirsing.

W.

### Bekanntmachung.

Dem theilhaftigen Publikum wird hierdurch zur Kenntniß gebracht, daß außer der Firma **Max Elb** in Dresden auch die Firma **Gebrüder Dollfus** in Chemnitz zur Bereitung des Denaturierungsmittels für Branntwein nach Maßgabe von §§ 9 und 10, Abs. 1 des Regulativs, betreffend die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen u. Zwecken, ermächtigt worden ist.  
Eibenstock, am 7. December 1887.

**Königliches Haupt-Zoll-Amt.**

I. B.: Böhme, S.-A.-Rdt.

### Die Rüstungen Rußlands.

Die Ansammlung russischer Truppen an den westlichen Grenzen des Czarenreiches — gegen Deutschland, vornehmlich aber gegen Oesterreich hin — bildet schon seit Monaten den Gegenstand vorsorglicher Aufmerksamkeit seitens der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung. Eigenthümlicher Weise wiesen deutsche offiziöse Stimmen zuerst ernstlich darauf hin, in welchem ungünstigen Bertheilungszustand sich Galizien Rußland gegenüber befinde. Nun war der Czar in Berlin und alles, was man über seinen dortigen Aufenthalt, über den herzlichen Verkehr mit seinem kaiserlichen Großvater, über seine einstündige Unterredung mit dem Fürsten Bismarck erfuhrt, berechtigte zu der Hoffnung, daß gewisse Mißverständnisse, welche sich zum Theil schon seit dem Berliner Kongreß her datiren, aber erst in jüngster Zeit zu einer förmlichen Entfremdung zwischen den Kabinetten von Berlin und Petersburg geführt hatten, nunmehr aufgeklärt worden wären und die ein volles Jahrhundert alte Bundesgenossenschaft zwischen den beiden befreundeten Höfen wieder in ihr altes Recht treten würde.

Sowohl von deutscher wie von russischer Seite war man sich darüber klar, daß zur Anbahnung besserer gegenseitiger Beziehungen zunächst nöthig sei, in der Presse beider Länder einen freundlicheren Ton anschlagen zu lassen. Die deutschen Offiziösen gingen hierin den Weg voran und auch aus Petersburg wurde gemeldet, der russischen Presse seien die Angriffe gegen Deutschland unterjagt worden. Mit dieser Maßregel stimmen aber die unleugbaren russischen Truppenansammlungen gegen die Westgrenze hin schlecht zusammen, und wenn die Petersburger Blätter glauben machen wollen, für die „Berlegung“ mehrerer Regimenter seien „Futterverhältnisse“ entscheidend gewesen, so klingt das vielleicht augenblicklich ganz plausibel, aber die Thatsachen selbst lassen diesen Grund als hinfällig erscheinen. Das gleiche läßt sich von der andern Petersburger Ausrade sagen: es würden unter den Polen Unruhen befürchtet und deshalb die militärischen Maßregeln. Daran glaubt kein Mensch, die Polen und die Russen am allerwenigsten!

Was bedeuten also die Truppenansammlungen in Wirklichkeit? — das ist die Frage, welche in den letzten Tagen die tonangebenden Wiener und Pester Blätter allen Ernstes und nachdrücklich gestellt haben. Ja, die alte Wiener „Presse“ hat sich sogar aus Berlin telegraphisch melden lassen, „daß an die russische Regierung von den dabei interessirten Mächten eine diplomatische Anfrage inbetreff der auffallenden Truppenverstärkungen an der Grenze ergangen sei.“ Soweit sind wir glücklicherweise noch nicht, aber... der Weg bis dahin ist nicht weit.

Will Rußland wirklich den Krieg mit seinen Nachbarn? Oder droht es nur, um Oesterreich in der bulgarischen Frage müde zu machen? Das letztere scheint der Fall zu sein. Da kommen wir aber auf den eigentlichen Kernpunkt. In der bulgarischen Frage hat Rußland seit Monaten schon keinen Finger mehr gerührt, obgleich ihm dieselbe sehr am Herzen liegt. Die Verhandlungen mit der Türkei sind ins Stocken gekommen; die bulgarische Frage scheint versumpft zu sein und keine Macht, Rußland ausgenommen, hat ein Interesse daran, in diesem Sumpf zu rühren. Es thut das nicht gut, es steigen Miasmen daraus empor und verpesten die ganze politische Atmosphäre.

Der Czar, durch gefälschte Bismarcksche Depeschen getäuscht, schob bis zu seinem Berliner Besuch der

deutschen Politik den Mißerfolg seiner eigenen Politik in der bulgarischen Angelegenheit zu. Fürst Bismarck war in der Lage, den Czaren zu überzeugen, daß man mit diesem ein solches Spiel gespielt hatte. Diese Täuschungen sollen von orleanistischen Seite ausgegangen sein. Die Annahme, das Haus Orleans suche einen allgemeinen europäischen Krieg herbeizuführen, weil es nur in dem Trübel eines solchen wieder auf den französischen Königsthron zu gelangen hoffen darf, ist doch wohl nicht derartig verbürgt, um vollen Glauben zu verdienen. Also weshalb die orleanistischen Fälschungen? weshalb die kriegerischen „Vorbereitungen“ Rußlands? Das sind offene und sehr ernste Fragen!

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die günstigere Auffassung über den Zustand des Kronprinzen, die in den letzten Tagen mehr und mehr Verbreitung gefunden hat, dürfte zu einem enthusiastischen Jubel sich erheben, wenn eine Nachricht zweifelloser Bestätigung erhielte, die heute einer Reihe deutscher Blätter zugeht. Es heißt in einem Privattelegramm, das wir u. a. im „Hamb. Korresp.“ der „Eibersfelder Btg.“ finden: „Es verlautet, daß die in San Remo anwesenden Aerzte die Diagnose, daß das Leiden des Kronprinzen der Krebs sei, verworfen haben; sie gewannen die Ueberzeugung, daß die Krankheit anderer, gefahrloserer Natur sei.“ — Sehe Gott, daß diese Meldung sich bewahrheitet! Im deutschen Volke würde der Jubel über eine solche Weihnachtsgabe unermesslich groß sein.

— Der Reichstag debattirte am Mittwoch zunächst den vom Abg. Mundel eingebrachten Gesetzesentwurf, durch welchen die Entschädigung unschuldig Verurtheilter herbeigeführt werden soll. In Verbindung damit wurde ein ähnlicher vom Abg. Kintelen gestellter Antrag berathen, welcher außerdem noch eine Abänderung und Ergänzung der Vorschriften der Strafprozess-Ordnung über die Wiederaufnahme des Verfahrens wil. Zunächst führte der Antragsteller Abg. Mundel aus, daß sein Gesetzesentwurf vollständig mit den Kommissionsbeschlüssen aus der vorigen Session übereinstimme. Nachdem der Staat durch die Alters- und Invaliditätsversorgung das Prinzip der Entschädigung so vollständig anerkannt habe, hoffe er, daß auch sein Antrag endlich Annahme finden möge. Nachdem auch Abg. Kintelen seinen Antrag begründet hatte, sprach zunächst Abg. Klemm einige Bedenken gegen die Anträge aus. Abg. Kulemann meinte, daß nur derjenige entschädigt werden solle, dessen positive Unschuld sich voll und ganz herausgestellt habe, nicht etwa aber derjenige, dessen Freisprechung wegen Mangel an Beweisen erfolgt sei. Der Bundeskommissar Geh. Rath Lenthe führte als Ansicht der verbündeten Regierungen aus, daß die Entschädigung Sache der Einzelstaaten sei. Nachdem die beiden Antragsteller nochmals für ihre Anträge eingetreten waren, legte Abg. Träger die Nothwendigkeit dar, daß das Reich, nicht die Einzelstaaten für die Entschädigung unschuldig Verurtheilter zu sorgen habe. Die Haltung der verbündeten Regierungen sei ihm unverständlich.

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Dresden. Die Stadtverordneten haben an den Rath das Ersuchen gerichtet, „der Direktion der Straßenbahngesellschaft in Zukunft die Er-

hebung eines erhöhten Fahrgeldes an den Sonn- und Feiertagen zu unter sagen.“ Die Erhebung eines erhöhten Fahrgeldes an diesen Tagen ist aber der Straßenbahngesellschaft seiner Zeit vertragmäßig zugestanden worden, so daß ein Verbot nicht erlassen werden kann. Bei dieser Sachlage beschloß der Rath unter Beitritt zu dem Vorschlage des Ausschusses für das Straßenbahnwesen, den Stadtverordneten zu erklären, daß man sich zur Zeit außer Stande befinde, ihrem Antrage zu entsprechen, daß man aber die nächste sich darbietende Gelegenheit benutzen werde, um die Beseitigung des erhöhten Fahrgeldes an den Sonn- und Feiertagen zu erreichen. — Um den Schülern und Schülerinnen der hiesigen Volksschulen auch in diesem Winter die unentgeltliche Benutzung von Eisbahnen zu ermöglichen, ist vom Schulausschuß die Erpachtung von Eisbahnen in bescheidenem Umfang zum ausschließlichen Gebrauch für die Schuljugend in verschiedenen Gegenden der Stadt, sowie zur Bezahlung der Pachtsummen die Bewilligung von 3000 M. aus der allgemeinen Schullasse vorgeschlagen worden. Der Rath genehmigte den Vorschlag.

— Mit welchem Raffinement bisweilen noch ganz jugendliche Diebe zu operiren verstehen, beweist ein in diesen Tagen in Leipzig vorgekommener Fall. Ein 10jähriger Schuljunge hatte mit einigen Kameraden den vor einem Handschuhgeschäft hängenden Schaukasten geöffnet und einige Paar Handschuhe daraus entwendet. Darauf ging er in das Geschäft, erzählte dem Geschäftsinhaber, dem gegenüber er sich einen falschen Namen beilegte, daß der Schaukasten erbrochen und beraubt worden sei, und beichtigte den Diebstahl aus Nachsicht einen ihm bekannten Knaben, der seiner Mutter wiederholt seine losen Streiche verathen hatte und den er deshalb hasste. Zugleich gab er dem Geschäftsinhaber in unterblämter Weise zu verstehen, daß er für seine Mittheilung eine Belohnung erwarte. Durch die von der Criminalpolizei angestellten Erörterungen wurde das Lügengewebe sehr bald aufgedeckt und dem sauberen Fräulein Gelegenheit gegeben, in beschaulicher Ruhe über das Mißlingen seines feinen Planes nachzudenken.

— Kürzlich kam in die chirurgische Klinik des Herrn Professor Thiersch in Leipzig eine Frau und bat, operirt zu werden. Befragt, was ihr denn fehle, antwortete sie, das wisse sie selbst nicht, sie habe aber sehr häufig in der Magenenge unangenehme Empfindungen und sie bitte, daß ihr der Leib geöffnet werde, um eine etwaige Krankheit feststellen zu können. Man willfahrte der resoluten Frau, und als sie chloroformirt war, wurde ihr mit Lähmem, raschen Schnitt der Leib geöffnet und der Magen bloßgelegt. Da zeigte es sich erst, daß dieser, wie auch die umliegenden Körpertheile über und über mit Krebs bedeckt waren. Unter solchen Umständen war an eine Operation nicht zu denken. Man nähte die Schnittwunde wieder zu und theilte der Kranken nach ihrem Erwachen deren Zustand mit. Die Bedauernswerthe nahm die Mittheilung jedoch ganz ruhig hin und meinte nur, daß sie doch jetzt wisse, woran sie sei. Die Heilung der Schnittwunde wird natürlich noch einige Tage dauern, dann aber wird die Frau, den sichern Tod vor Augen, wieder in ihre Heimath reisen.

— Schneeberg. Wie bekannt, ist von der Regierung unseres Landes die Fortsetzung der schmalspurigen Sekundärbahn Wilkau-Ritzschberg-Saupersdorf nach der Aue-Adorfer Linie in Aussicht genommen worden. Dies hat die städtischen Kollegien Schnee-